

Eingabe auf Initiative des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung SVEB.
Mai 2009

Eingabe

An den Bundesrat

und

**An die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur
des National- und Ständerats**

Wir verlangen ein Bundesgesetz über die Weiterbildung

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Volk und Stände haben 2006 in der Bundesverfassung Artikel 64a einen unmissverständlichen Verfassungsauftrag für eine Bundesgesetzgebung über die Weiterbildung aufgenommen.

Er lautet:

Art. 64a BV Weiterbildung

- 1 Der Bund legt Grundsätze über die Weiterbildung fest.*
- 2 Er kann die Weiterbildung fördern.*
- 3 Das Gesetz legt die Bereiche und Kriterien fest.*

Obschon der Verfassungsauftrag klar formuliert ist und in einer Muss-Formel eine Bundesgesetzgebung zur Weiterbildung verlangt, hat der Bundesrat nun schon zum zweiten Mal einen entsprechenden Auftrag an ein zuständiges Departement verweigert. Er hat auch beschlossen, den vom Parlament angeforderten und von den Departementen EVD und EDI erstellten Weiterbildungsbericht nicht zur Veröffentlichung freizugeben, was ein Unikum in der Eidgenossenschaft darstellt.

Die unterzeichnenden Organisationen, die sich mit der Weiterbildung in der Schweiz befassen, halten eine Weiterbildungsgesetzgebung für nötig und sachlich gerechtfertigt, weil

- der Weiterbildungsbereich sehr heterogen ist und die unterschiedlichen Aktivitäten in der Weiterbildung koordiniert werden müssen; insbesondere sollen die Koordinationsbemühungen von Bund, Kantonen und Dachverbänden gefördert und die Gleichwertigkeit von berufsorientierter und allgemeiner Weiterbildung sichergestellt werden;
- die Qualitätsentwicklung, Akkreditierung und Zertifizierung von Weiterbildungsinstitutionen im Sinne einer besseren Markttransparenz sowohl für die Wirtschaft als auch für die Weiterbildungsteilnehmenden von Interesse ist;
- die dringend nötige Förderung der Weiterbildung bei bildungsfernen Schichten bisher keine bundesgesetzliche Grundlage aufweist.



Die unterzeichneten Organisationen verlangen vom Bundesrat und vom Parlament:

- 1.) die Ausarbeitung eines Weiterbildungsgesetzes auf Bundesebene noch in dieser Legislatur;
- 2.) parallel dazu die Förderung der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung;
- 3.) die bessere Koordination der Weiterbildungsaktivitäten, die in den verschiedenen Bundesgesetzen (Berufsbildungsgesetz, Kulturförderungsgesetz, etc) und in kantonalen Gesetzen verstreut geregelt sind.

Die unterzeichnende Organisation/Institution dieser Eingabe:

Organisation/Institution

--

Name und Funktion des/r Vertreters/Vertreterin

Name und Funktion	Unterschrift